Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald — Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags — Telephon Nr. 4

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.35 Mk., im Württemberg. 3 Mk. vierteljährlich, zuzüglich Bestellgeld 60 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu ertheilen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 30 Pfg.

Druck und Verlag der W. Hofmann'schen Buchdruckerei. Verantwortlich: G. Reinhardt in Wildbad.

Nr. 96 — Donnerstag, den 24. April 1919 — 36. Jahrgang.

Vom Militarismus.

In einer Untersuchung über die Gründe, die zur Niederlage Deutschlands geführt haben, wird in den „Leipz. N. Nachr." u. a. ausgeführt:

Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, welchen ausschlaggebenden Anteil der persönliche Wille jedes einzelnen zur eigenen Verantwortung im Felde hat. Diejenige Armee, die hierin unter sonst gleichen Verhältnissen über den größeren Menschenvorrat verfügt, setzt sich durch und schlägt die andere, weniger gut mit Persönlichkeiten ausgerüstete Truppe. Allerdings darf der Einfluß der Disziplin nicht unterschätzt werden. Aber Disziplin ohne Einzelwillen ist und bleibt eine tote Maschine, die, wenn sie erst einmal schadhaft geworden ist, aus eigener Kraft nicht wieder in Gang kommen kann.

Wenn man also dem schwer kämpfenden deutschen Heer einen wirklich brauchbaren Ersatz aus der Heimat zuführen wollte, so hätte man zwar vielleicht an den bewährten alten Ausbildungsgrundsätzen festhalten können, die Ausbildungspraxis aber wäre total zu ändern gewesen. Dazu hätten aber wiederum die in den alten Methoden groß gewordenen Instrukteure nicht getaugt, und so wäre am Ende nichts anderes übriggeblieben, als die besten Frontsoldaten abwechselnd in die Heimat zu kommandieren und durch sie den Nachwuchs ausbilden zu lassen, ähnlich wie es die Engländer im Entscheidungswinter von 1914 auf 15 getan haben.

So blieb denn in der Hauptsache alles beim alten. Doch diesmal ging es ums Ganze, und das Ende ist hart und bitter geworden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ursprüngliche Begeisterung, mit der im Sommer 1914 alles zu den Fahnen eilte, verhältnismäßig rasch verflogen war. Das brachte nicht nur die unerwartet lange Kriegsdauer mit sich. Denn die Franzosen und Engländer hatten doch keinen Tag weniger lange Krieg als wir und trotzten den Beschwerden doch besser. Es war auch keine Folge der geringeren Ernährung unseres Volks allein, denn die ersten Zeichen der Gleichgültigkeit, der Ermüdung reichen bereits in eine Zeit zurück, in der von Fettmangel noch nicht geredet werden konnte.

Die Ursachen liegen tiefer. Sie sind psychologischer Art und gehen letzten Endes darauf zurück, daß die deutsche militärische Praxis das nicht halten konnte, was die deutsche militärische Theorie versprach. Es sind also Fragen des Menschlichen, Allzumenschlichen, die da maßgeblich mit hereinspielen, die, im einzelnen genommen, vielleicht unerheblich erscheinen, in ihrer Gesamtheit jedoch die erste und größte Ursache der tiefen Verdrossenheit waren, an der fast alle älteren, später auch die jüngeren Jahrgänge litten. Man wollte nicht mehr.

Nur so ist der Haß zu erklären, der in den ersten Revolutionstagen blindlings auf alles stürzte, was Achselstücke trug. Jeder Offizier erschien als verantwortlicher Vertreter einer Kaste, die irgendwo und irgendwann einmal einen Typ gestellt hatte, den man hassen mußte und an dem man sich unter allen Umständen rächen wollte. Daß dabei Zehntausenden der tapfersten, aufopferndsten, pflichttreuesten Männer schmachvolles Unrecht geschah, daß man überall Menschenschinder witterte, wo in Wahrheit oft genug nur edelste Fürsorge, selbstloseste Kameradschaft gewesen war, kümmerte die Menge nicht.

Aber man täuschte sich nicht: jede große Bewegung hat tiefe Ursachen. Man mag über die Revolution denken wie man will; irgendwo und irgendwas muß dagewesen sein, muß einen Untergrund gegeben haben, sonst wären die Erfolge der russischen Rubel nicht zu erklären. Dieser Untergrund war aber der deutsche Militarismus. Wohlverstanden: nicht jener Militarismus, den unsere großen Führer lehrten, sondern jener Militarismus, der in Unkenntnis sich blähte, der stolz darauf war, nur von der Exerzierplatzpraxis zu leben, der sich streng gegen alles andere abschloß und so die Fühlung mit dem Leben verlor, der in dem Soldaten nur noch das Objekt, nicht mehr das Subjekt sah.

Nun ist es allerdings ganz selbstverständlich, daß man im Felde, wenn die Zeit drängt, wenn keine Minute mehr zu verlieren ist, meist nur noch an den Gehorsam appellieren kann. Aber dieser zu fordernde und zu gebende Gehorsam darf nicht knechtisch sein, nicht durch die Gegenwart des Vorgesetzten erzwungen werden. Er muß aus dem freiwilligen Entschluß des Untergebenen kommen, nicht nur gehorchen zu müssen, sondern vor allem gehorchen zu wollen, er muß nicht nur von der Idee der blinden Unterordnung, sondern noch mehr von der Einsicht des Ausführenden getragen sein.

Was unser Heer geleistet hat trotz der großen materiellen Ueberlegenheit der Feinde, ist unsterblich und kann durch keine Anerkennung hoch genug eingeschätzt werden, aber den endlichen Sieg verbürgte nur die mit der Siegesnotwendigkeit durchdrungene Einsicht und der unbedingte Siegeswille des Einzelnen, und daran hat es je länger je mehr bei einem erheblichen Teil unseres Heeres gefehlt und der alte Militarismus war nicht imstande, diese seelischen Eigenschaften zu schaffen.

Es ist nicht zwecklos, sich nachträglich hierüber klar zu werden. Denn jeder Fehler läßt sich beheben, wenn man ihn nur erst erkannt hat. Das, worauf es also ankommt, was unsere Zukunft, gleichgültig ob wir ein Freiwilligenheer behalten oder zur Zwangsrekrutierung eines Tags zurückkehren, gegen feindliche Willkür sicherstellen und uns als vollwertige Mitglieder des Völkerbunds erst legitimieren wird, ist nicht der Gehorsam einer murrenden Masse, sondern der freudige, straffe Gehorsam eines freien, selbstbewußten, männlichen Volks, das zu sterben bereit ist, nicht weil irgendein Mächtiger es befiehlt, sondern das mit ruhigem Gleichmut, mit Selbstvertrauen und Kraft in den Kampf geht, weil es seine Notwendigkeiten begriffen hat.

Je mehr das frühere System daran war, in dem Soldaten den Menschen zu verachten, um so mehr muß das neue Heer ihn achten und heben. Je mehr unsere frühere Jugenderziehung die Stählung des Willens jedes einzelnen vernachlässigte, je mehr sogar die Verherrlichung des rein Passiven auch auf die Jugendbewegung überzugreifen drohte, um so entschlossener müssen wir jetzt dagegen Front machen. Ein Volk, dessen staatliche und private Erziehung sich nur an den Gehorsam wendet, ohne den Willen zum eigenen Denken und Handeln zu wecken und zu fördern, kann sich nicht selbst regieren. Es wird und muß in Zeiten des Unglücks den Spielball Unverantwortlicher werden, die seinen Leidenschaften schmeicheln, ohne seine Energie zu beleben. Es wird kein Augenmaß mehr haben für das Tempo seines Lebens; es wird zerstören anstatt zu bauen, es wird vernichten anstatt zu arbeiten, es wird sterben anstatt zu leben.

Reichspräsident Ebert über die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 23. April. (Havas.) Reichspräsident Ebert gewährte am Ostersonntag einem Vertreter des „Temps" eine Unterredung. Die innere Lage Deutschlands, erklärte Ebert, hänge, wie übrigens in allen Ländern, mehr von der allgemeinen Weltlage ab. Die inneren Bedingungen Deutschlands seien gemeinsam mit denen aller Länder der Welt. In der allgemeinen Erkenntnis dieser Gemeinsamkeit erblickt Ebert die beste Gewähr für den Weltfrieden. Der ungeheuerliche vor dem Krieg von einem englischen Blatt aufgestellte Satz, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands eine Bereicherung Englands bedeute, stelle in der neuen sozialistischen Welt einen erschreckenden Wahnsinn dar. Dem französischen Regime verdanke der Sozialismus einen großen Teil seiner schöpferischen Ideen. Deshalb vertraue Ebert Frankreich, daß es sich dem Gedanken der Solidarität der gesamten menschlichen Arbeit nicht verschließen werde. Gewinne dieser Gedanke in Frankreich die Oberhand, dann werden sich auch bald gute Beziehungen zwischen beiden Ländern einstellen. Deutschland sei bereit, diesen Gedanken zur Tat werden zu lassen, und Frankreich aus ganzer Kraft zu helfen, die durch die Schrecken des Kriegs verursachten Schäden wieder gut zu machen. Es wäre jedoch vorteilhafter, wenn diese Arbeit auf Kosten Deutschlands durch Freiwillige geleistet würde und nicht durch die Massen der versklavten deutschen Kriegsgefangenen. Ebert protestierte dann gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen in einem Augenblick, wo die Versöhnung eingeleitet werde. Die Schaffung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaats könne er nicht als Bürgschaft für den Frieden oder für die künftigen guten Beziehungen zu Frankreich betrachten. Die Rücksicht auf die wahren Interessen ihres Landes werde hoffentlich die französischen Staatsmänner hindern, von Deutschland die Unterschrift unter einen Vertrag zu verlangen, der im Gegensatz zu den wahren Interessen Frankreichs stehe.

Neues vom Tage.

Der deutsche Völkerbundsentwurf.

Berlin, 23. April. Die „Deutsche Allg. Ztg." berichtet halbamtlich, die Reichsregierung stehe dem von deutscher Seite aufgestellten Entwurf eines Völkerbunds ferne; es sei vielmehr das Werk einiger Rechtsgelehrten.

Berlin, 23. April. Die Anklagesache gegen den Abg. Ledebour soll, wie es heißt, in der nächsten Schwurgerichtssitzung im Mai am Landgericht Berlin I zur Verhandlung gelangen.

Braunschweig, 23. April. Die früheren Volksbeauftragten Oerter und Eckardt sind auf Anordnung des Reichswehrministers aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen sie wird dadurch nicht berührt.

Wie dem „Berl. Lokalanz." gemeldet wird, sind in der Wohnung des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn bei einer Durchsuchung sehr viele wertvolle Einrichtungsgegenstände aus dem Braunschweiger Schloß vorgefunden und beschlagnahmt worden.

Beaufsichtigung der Ernährung.

London, 23. April. „Daily Mail" meldet, daß in der ersten Maiwoche eine neue Lebensmittelkommission der Verbündeten nach Deutschland abgehen soll, um die die Ernährungsverhältnisse für das kommende Erntejahr festzustellen. (Wir werden also noch länger unter Aufsicht bleiben. D. Schr.)

Der Generalstreik.

Berlin, 23. April. Zur Wiedereröffnung der Bankhäuser wird mitgeteilt, daß neben dem Mitbestimmungsrecht auch eine wöchentliche Arbeitszeit des einzelnen Beamten mit 35 Stunden festgesetzt wurde. Die Streiktage werden nicht bezahlt, man hat sich indessen geeinigt, daß, ähnlich wie in der Metallindustrie, ein Vorschuß auf die Streiktage gewährt wird, der nach Inkrafttreten des neuen Gehaltstarifs wieder in Abzug gebracht wird. Die infolge der Streiktage nicht erledigte Arbeit in den Büros muß in Ueberstunden nachgeholt werden, die nicht bezahlt werden.

Berlin, 23. April. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Stargard (Pommern) traten gestern in einen Streik, dem sich auch die Streckenarbeiter angeschlossen haben. Der Zugsverkehr ist eingestellt. Infolgedessen konnte auch der Zug Berlin-Danzig nur bis Stettin geführt werden.

Essen, 23. April. Die tägliche Förderung von Kohlen im Ruhrgebiet, die am 12. April 120 000 Tonnen betragen hatte, ist auf 50 000 gestiegen, während sie unter Berücksichtigung der jetzigen 7stündigen Arbeitszeit normal 300 000 Tonnen betragen sollte. Im Bochumer Bezirk ist der Streik heute beendet worden.

Hamburg, 23. April. Im Einvernehmen mit dem Senat Hamburg, sowie den Magistraten der Städte Altona und Wandsbeck wurde der Belagerungszustand über Hamburg, Altona und Wandsbek verhängt. Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern wieder auf St. Pauli und Eimsbüttel. Der Mob überfiel Vorübergehende und raubte Geld und Wertsachen. Mehrere Soldaten des Sicherheitsdienstes sind ermordet worden.

Die vierte Revolution in München.

Augsburg, 23. April. Vom Truppenkommando wird amtlich mitgeteilt: Am Dienstag war die Frist der Waffenablieferung abgelaufen, ohne daß in der Arbeiterstadt Oberhausen genügende Waffen abgeliefert wurden. Die Frist wurde bis 12 Uhr mittags verlängert. Bis dahin wurde ein Teil der Waffen an der Wertach-Brücke bei der Polizeistation niedergelegt und die Geschütze abgegeben. Als die Regierungstruppen die niedergelegten Waffen mit Lastkraftwagen abholten, entstand ein Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und der Bevölkerung, woraus zu ersehen war, daß die Waffen nicht völlig abgeliefert waren. Verluste der Bevölkerung: 1 Toter, 4 Verwundete. Der Führer der Regierungstruppen ordnete nun den Einmarsch an, um die Waffenabgabe vollständig durchzuführen. Soweit bekannt, wurde kein Widerstand geleistet. An die Stelle des bisherigen Stadtkommandanten Edelmann trat der Abgeordnete der Nationalversammlung, Simon. Unter der Augsburger Arbeiterschaft herrscht andauernd starke Gärung. Heute vormittag findet eine große Massenversammlung statt, in der über den Generalstreik endgültig Beschluß gefaßt werden soll.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neu-Ulm, 23. April. Gestern vormittag hielten die Gewalthaber in München in der Ludwigstraße eine Truppenschau über die Rote Garde ab. Wegen Finanzschwierigkeiten, sowie Unzufriedenheit der Arbeiter wird der Generalstreik von heute an aufgehoben. Die Stimmung der Bevölkerung ist äußerst gedrückt. Es mangelt an Zeitungen und Nachrichten von auswärts. Aufheben der von den Regierungsfliegern abgeworfenen Flugblätter wird mit Todesstrafe bedroht. Die Arbeiter wurden aufgefordert, in die Wohnungen der Bürger zu gehen und sich Quartiere zu suchen.

Bamberg, 23. April. Der Landwirtschaftsminister erließ einen Aufruf an die Bauern, sich zusammenzuscharen, um das Vaterland zu retten und die arme Stadt München zu befreien. Ueber die bayerische Presse wurde die Militärzensur verhängt.

Berlin, 23. April. Die Sammlung der bayerischen Truppen um München vollzieht sich glatt. Beim Eintreffen der Unterstützung aus Württemberg, Baden, Hessen und dem übrigen Reich wird der Aufmarsch vollzogen sein. In Landshut ist die Lage ungeklärt. Rosenheim ist in den Händen der Spartakisten.

Waffenstillstandsbruch der Polen.

Bromberg, 23. April. Die Polen beschossen den Bahnhof Nakel mit Artillerie. Ein deutscher Postschaffner wurde getötet, ein Lokomotivführer und ein Heizer verletzt. Auch sonst wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Bei der Durchfahrt der polnischen Truppen wurden auf dem Bahnhof Fraustadt (Posen) von deutschen Freiwilligen zwei Offizierskoffer und mehrere Säcke Hafer gestohlen. Deutscherseits wurde sofort Schadenersatz geleistet und das Bedauern ausgesprochen. Die Wachtkompagnie wurde abgelöst und der Führer wird zur Rechenschaft gezogen. Die Polen schmücken ihre Wagen in herausfordernder Weise mit polnischen Farben und Zeichen.

Weitere Lebensmittel für Oesterreich.

Wien, 22. April. Die amerikanische Lebensmittelkommission teilte der deutsch-österreichischen Regierung mit, daß es Hoover gelungen sei, die Hilfe für eine bessere Ernährung der Kindern auf Deutsch-Oesterreich auszudehnen und daß zu diesem Zweck zunächst 1000 Tonnen geeigneter Nahrungsmittel abgesandt werden.

Der Kabinettsrat beschloß eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Er beschäftigte sich auch mit der Frage der zwangsweisen Aufnahme eines gewissen Prozentsatzes von Arbeitslosen in die Betriebe.

Die Tschechen gegen die Ungarn.

Wien, 23. April. Hier verlautet, tschechisch-slowakische Truppen gehen zum Angriff gegen Ungarn vor und stehen bereits vor Waizen, eine Bahnstunde von Budapest entfernt. Der Grenzschutz Oesterreichs gegen Ungarn wurde verstärkt, um die fliehenden Roten Gardisten Ungarns, unter denen sich viele ehemalige österreichische Volkswehrleute befinden, abzufangen und zu entwaffnen.

Generalstreik in Siebenbürgen.

Haag, 23. April. Aus Budapest wird gemeldet, daß nach Meldungen aus Klausenburg und anderen Städten Siebenbürgens die ganze Arbeiterschaft in Siebenbürgen in den Generalstreik getreten ist.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 23. April. Der Oberste Rat hat beschlossen, eine Bestimmung in den Vorfrieden aufzunehmen, der den Deutschen verbietet, in ausländischen Heeren Dienste zu leisten.

London, 2 April. Die „Westminster Gazette" schreibt, es könne sich keineswegs darum handeln, daß die eine Seite den Frieden diktiere und die andere Seite unterschreibe. Die Forderung, daß die Deutschen Bevollmächtigte entsenden, schließe in sich, daß diese das Recht haben, mit den Alliierten zu verhandeln. Ein Präliminarfriede würde eine gute Entschuldigung sein, um später die Gültigkeit des Vertrags nicht anzuerkennen. Die Alliierten müßten überlegen, nicht was sie augenblicklich einem Feinde, der geschlagen und erschöpft ist, auferlegen könnten, sondern, was sie in 20 oder 30 Jahren, wenn die große Bevölkerung Deutschlands ihren Einfluß in der Welt wieder gewonnen habe, erlangen könnten.

London, 23. April. „Daily Mail" schreibt, die Meinungsverschiedenheit über Dalmatien und Fiume bringe die Gefahr mit sich, daß Wilson die Lösung, zu der man gelange, für unannehmbar halte und sich zurückziehe. — „Morningpost" schreibt: Es würde sowohl für die Sicherheit der Allianz, als auch für die Freundschaft zwischen Italien, Frankreich und England verhängnisvoll sein, wenn versucht würde, den Londoner Vertrag nicht einzulösen. (England hatte in einem Geheimvertrag 1916 Italien den Besitz von Dalmatien und Fiume versprochen; Wilson will dieses Geheimversprechen nicht anerkennen. Bekanntlich machen die Südslaven Anspruch auf Dalmatien. T. Schr.)

Washington, 22. April. (Reuter.) Es wird berichtet, daß Wilson auf eine Anfrage über seine Haltung gegenüber dem geplanten Verteidigungsbündnis zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten erwiderte, er werde nichts unternehmen, was den Völkerbund gefährden konnte oder mit dessen Grundsätzen im Widerspruch stehe.

Paris, 23. April. (Havas.) Der sozialistische Kongreß hat verlangt, die Asche Jaures in das Pantheon zu überführen.

Lyon, 23. April. Der „Progres de Lyon" meldet aus Tanger, zwei französische Kompagnien seien von aufständischen Marokkanern bei Guerga, nahe der spanischen Linie, fast ganz vernichtet worden.

Italienischer Flottenstützpunkt.

Rom, 23. April. (Stefani.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, wonach ein Flottenstützpunkt an der kleinasiatischen Küste errichtet wird.

Der Krieg im Osten.

Wien, 23. April. Nach einem Funkspruch aus Warschau traf General Haller dort ein. — Polnische Kavallerie nahm Wilna ein. Andere Truppen besetzten Nowogrudok und stürmten Baranowitschi. Die Bolschewiken fliehen.

Bolschewismus in Irland.

Rotterdam, 23. April. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß der Streik in Limmerick (Irland) größere Bedeutung annehme. Das Streikkomitee ist tatsächlich ein Sovjet. Es habe die Verwaltung der Stadt in Händen, beaufsichtige den Verkehr und regle die Preise. Es habe sogar Papiergeld im Wert von 1 bis 10 Schilling ausgegeben. Die Sinn-Feiner-Organisation arbeite Hand in Hand mit den irischen Arbeitern. Sie hoffe, den Streik über ganz Irland auszubreiten.

Madrid, 23. April. (Havas.) Die Telegraphen-Angestellten, die innerhalb einer ihnen gesetzten Frist den Dienst nicht wieder aufgenommen haben, sind entlassen worden.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Unter der württembergischen Bevölkerung herrscht vielfach noch nicht genügende Klarheit darüber, daß es für uns von der allergrößten Wichtigkeit ist, an dem Kampf gegen den Bolschewismus in unserem Nachbarstaat teilzunehmen. Die Gefahr, daß die bayerischen Bolschewisten ihre Tätigkeit auf württembergisches Gebiet übertragen, ist riesengroß. Ihre Gesinnungsgenossen innerhalb unserer Landesgrenze haben schon alles vorbereitet gehabt, um im geeigneten Augenblick und im Einverständnis mit den Münchner Gewalthabern die öffentliche Gewalt an sich zu reißen und damit die Herrschaft des Terrors auch bei uns aufzurichten. Die Staatsregierung besitzt hierfür unwiderlegbare Beweise, zu denen die von bayerischen kommunistischen Fliegern über Württemberg abgeworfenen Flugblättern gehören.

Die von den U.S.P. mit Spartakisten verbreitete Nachricht, wonach zwei Kompagnien Tübinger Studenten bei Pasing eine empfindliche Niederlage erlitten haben sollen, ist aus der Luft gegriffen. Ebenso unwahr ist die Mitteilung aus derselben Quelle, daß ein Ulmer Sicherheitsbataillon es abgelehnt habe, an dem Einmarsch in Bayern sich zu beteiligen und daß Gmünder Sicherheitssoldaten in Ulm wieder umgekehrt seien. In Württemberg soll man nicht vergessen, daß der Kampf jenseits der Landesgrenze der Sicherheit, dem Frieden und der Freiheit unseres eigenen Landes gilt!

Keine badischen Truppen für Bayern.

Mannheim, 23. April. Die badische Regierung hat auf die Beschwerde einer Abordnung des Aktionsausschusses der Mannheimer Arbeiterschaft erklärt, daß sie weder beabsichtige, noch Willens sei, badische Truppen nach Württemberg oder Bayern zu senden.

100 Jahre Amtskörperschaften.

Die Amtskörperschaften, die „zur Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten berufenen Verbände der Gemeinden der einzelnen Oberamtsbezirke", können in diesem Jahr auf einen hundertjährigen Bestand zurückblicken. Der Wurzel nach sind sie freilich erheblich älter; greift diese doch zurück auf die alte Amts- und Landschadenordnung von 1489, nach der eine „Vereinigung von Stadt und Amt" unter Leitung des herzoglichen Vogtes die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen und insbesondere über gemeinschaftliche Lasten zu befinden hatte. In ganz besonderem Umfange sind heute die Amtskörperschaften die Träger des Sparwesens, durch die bei jedem Bezirk bestehende Oberamtssparkasse oder Gemeindesparkassen. Die ältesten dieser Kassen reichen bis 1822 zurück (Ravensburg, Tettnang). 1891 beliefen sich die Einlagen aller Sparkassen des Landes auf 137 Millionen, Ende 1914 dagegen auf 688 Millionen, die Eigentum von 871 000 Sparern (gegen 344 000 im erstgenannten Jahre) waren. Die von den Sparkassen Ende 1914 in Hypotheken und Darlehen an öffentliche Körperschaften angelegten Gelder betrugen 602 Millionen.

— **Volksbildungstag.** Der Verein zur Förderung der Volksbildung in Stuttgart beabsichtigt Mitte Mai einen Volksbildungstag in Stuttgart abzuhalten. Der Verein hat bisher schon eine rege Tätigkeit zur Verbreitung der Volksbildung entfaltet und in einer Reihe von Orten sind Vereine im engen Anschluß an den Volksbildungsverein entstanden. Das Bedürfnis nach einem geistigen Neuaufbau unseres Volkslebens macht es aber nötig, alle dahin wirkenden Bestrebungen und Kräfte zusammenzufassen, um mit der Sozialisierung der deutschen Kulturgüter Ernst zu machen. Ein Schritt auf diesem Wege soll der Volksbildungstag sein. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Vereins in Stuttgart, Hölderlinstraße 50.

Vermischtes.

Teure Kriegsgesellschaft. Der Zeitschrift „Das Deutsche Volkswirtschaftswerk" wird geschrieben: „Es dürfte vielleicht interessieren zu erfahren, daß die Reichswirtschaftsstelle für Wolle und für Baumwolle vor einigen Tagen 80 Herren als Revisoren anstellte mit einem Monatsgehalt von 750 Mk. und 30 Mk. Reisespesen pro Tag. Diese Herren haben die Aufgabe, in Deutschland herumzureisen und sämtliche Betriebe sowie Spinnereien und Großhändler zu kontrollieren ob nicht vielleicht ein Faden verarbeitet wurde welcher der Beschlagnahme unterliegt. Dafür gibt diese Kriegsgesellschaft für Revisoren allein täglich 4—5000 Mk. aus. Wenn man die übrigen Spesen noch hinzurechnet kommen vielleicht etwa 10 000 Mk. täglich heraus. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn das Rohmaterial heute eine so unerschwingliche Höhe [illegible] aber so viel Rohmaterial am Markt ist daß es sich lohnt, für dessen Kontrolle täglich etwa 10 000 Mk. durch eine Kriegsgesellschaft auszuwerfen, dann wäre es doch nicht nötig, den freien Handel auszuschalten; ist aber wirklich so wenig Material vorhanden, wie man uns glauben machen will, dann ist es unverantwortlich, dafür einen solch enormen Spesenaufwand zu machen."

Brand. In Charleroy (Belgien) brach in einem Lichtspieltheater ein Brand während der Vorstellung aus. 40 Personen wurden getötet und verletzt.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Groß-Strelitz (Oberschlesien) fuhr ein Güterzug in einen Rangierzug; 14 Wagen entgleisten und sind teilweise zertrümmert. Zwei Schaffner sind tot, der Zugführer und ein Heizer verletzt.

Zur Pflege der Ziegen.

(Nachdruck verboten.)

Das beste Futter nützt schließlich wenig, wenn es den Tieren an der nötigen Körperpflege fehlt. Zunächst muß darauf gesehen werden, daß die Ziegen frei von Ungeziefer sind. Nicht selten sind Ziegen in einem Stall untergebracht, in dem auch Hühner ihre Wohnstätte haben. Oft sitzen die Hühner gerade über der Ziege, und wir haben bei solchen Ziegen festgestellt, daß sie voll von Ungeziefer waren. Hühner gehören nicht in einen Ziegenstall, und wenn der Raum es verlangt, dann muß man die größte Sauberkeit in allen Teilen beobachten. In solchen Ställen müssen die Wände und alle Holzteile wenigstens in jedem Monat mit Kalkmilch und einem Zusatz von Creolin gestrichen werden. Die Hühner selbst müssen Gelegenheit haben, sich im Staubbade, das man aus Straßenstaub und Creolinpulver herstellt, zu reinigen. Die Ziege bedarf mehr der Bürste und des Kammes, als man gewöhnlich annimmt. Auch Waschungen mit lauwarmem Wasser mit Creolinzusatz sind von bester Wirkung auf das Wohlbefinden des Tieres. Sobald eine Ziege an Ausschlag oder Schorf leidet, bestreiche man das ganze Tier mit Medol und wasche es nach einem Tage mit warmem Wasser ab. Nur von gesunden und gutgepflegten Tieren kann man einen hohen Nutzen erwarten.

Gartenbau.

Ein unentbehrliches Küchenkraut als Heil- und Schönheitsmittel. Kaum ist der Schnee geschmolzen, hebt die Petersilie ihr grünes Köpfchen in die Höhe, der erste Gruß des Frühlings. Die Pflanze gehört zu den unentbehrlichsten Küchenkräutern, die wir besitzen, gibt den Speisen nicht nur einen angenehmen Geschmack, ist auch für Nieren- und Blasenleidende von bester heilkräftiger Wirkung. Auch als Schönheitsmittel wird Petersilie verwendet. Einen Suppenteller voll Petersilie übergießt man mit einem Liter Regenwasser, läßt die Flüssigkeit über Nacht ausziehen, gießt sie am Morgen ab und wäscht mit dem Petersilienwasser das Gesicht, wodurch die Haut zart wird, Sommersprossen und Pusteln schwinden.

Bienenzucht.

Ueber die Anlage von Bienenweiden. Im Interesse der heimischen Bienenzucht ist die Anlage von Bienenweiden oder ihre Verbesserung eine dringende Forderung. Große Flächen Oedeland sind überall vorhanden, die sich mit honigenden Pflanzen zur Herstellung einer Bienenweide eignen. Eine Ausnutzung dieser brachliegenden Flächen sollte im volkswirtschaftlichen Interesse erfolgen, um uns von der Einfuhr des minderwertigen ausländischen Honigs freizumachen. Auch die Dämme der Eisenbahnen und die Uferböschungen könnten als Bienenweiden sehr gut ausgenutzt werden, wenn sie in entsprechender Weise bepflanzt werden. Selbst Sand- und Lehmgruben lassen sich durch Bepflanzung mit Bienennährpflanzen ganz vorzüglich ausnutzen. Zur Bepflanzung von Eisenbahndämmen und Uferböschungen eignen sich folgende Pflanzen zur Anlage einer Bienenweide: Feldahorn, Sauerdorn oder Berberitze, Erbsenstrauch, Cornetische, gemeiner und breitblätteriger Bocksdorn, Schwarzdorn, Kreuzdorn, Robinie, Hundsrose, Holunder, behaarter Ginster; Brombeere, Heckenkirsche, Weißklee, Bastardklee, Dill, Bergklee, gemeiner Honigklee, gelbe Lupine, Zottelwicke, Boretsch, Phazelie. Für die Bepflanzung von Ufern kommen nachstehende Pflanzen in Betracht: Schwarzerle, Moorbirke, Buche, Forsythie, Schwarzpappel, Traubenkirsche, Silberweide, Salweide, wie überhaupt alle Weidenarten, kriechender Günsel, Sumpfdotterblume, Sumpfdistel, Hornkraut, Weidenröschen, Eberesche, Sumpfstorchschnabel, Schwertlilie, deutsche Schwertlilie, Sumpfplatterbse, Sumpfweiderich, Sumpfminze, Wasserminze, Sumpfvergißmeinnicht, Brunnenkresse, Fingerkraut, Frühlingsprimel, Wasserhahnenfuß, Wau, Traubenholunder, Frühlingsbraunwurz, Bitterfuß- und Sumpfspierstaude. Auf Torfwiesen sind am besten anzupflanzen: Zwergbirke, Heide, Sumpfkiefer, kriechende Weide, Moorbirke, Glockenheide, Sumpfheidelbeere und Preißelbeere. Oedländereien können durch Bepflanzung mit Birken, Brombeeren, Himbeeren, Färber- und behaarter Ginster, Glockenheide, Föhre, Bärentraube, Berberitze, Schwarzdorn, Kuckucksnelken, Wiesenschaumkraut, Storchschnabel, Quendel oder wilden Tymian usw. für die Bienenzucht nutzbar gemacht werden.

Teichwirtschaft und Fischerei.

Vertilgung der Fischegel.

Diejenigen Fische, die bei der Abfischung von Fischegeln besetzt sind, werden von ihren Peinigern befreit, wenn man die Fische in ein Bad von 25prozentiger Kochsalzlösung tut. Dieses Bad soll ungefähr eine Stunde dauern. Zu beachten ist jedoch, daß während des Bades für eine genügende Durchlüftung des Wassers gesorgt ist. Solches geschieht am besten, indem man mit einem Sieb das Wasser ausschöpft und in das Bassin zurückfallen läßt. Die durch die Kochsalzlösung und die Bewegung losgelösten Egel werden mit dem Wasser auf Erde geschüttet, wo sie von selbst verenden. A. N. Wien.

(-) **Karlsruhe,** 23. April. Die badische Regierung ist wegen einer Erhöhung der Gebührnisse der kriegsbeschädigten Lazarettangehörigen bei der Reichsregierung vorstellig geworden und hat beantragt, daß diese mit den Reichswehrtruppen gleichgestellt werden und außerdem eine tägliche Verstümmelungszulage erhalten. Staatsrat Dr. Haas wird sich mit einer Abordnung der Verwundeten nach Berlin begeben, um an zuständiger Stelle die berechtigten Wünsche der Kriegsbeschädigten geltend zu machen.

(-) **Karlsruhe,** 23. April. Oberlehrer K. Kirsch konnte an Ostern auf eine 50jährige Tätigkeit im badischen Schuldienst, davon 45 Jahre im Dienst der hiesigen Volksschule zurückblicken.

(-) **Heidelberg,** 23. April. In der Nacht zum Ostersonntag wurden in der Kleiderfabrik von Max L. Oppenheimer Kleidungsstücke im Wert von mehreren Tausend Mark gestohlen. — Am Ostermontag kippte auf dem Neckar ein mit drei Personen besetztes Boot um und die drei Insassen fielen ins Wasser. Während sich die beiden Herren selbst retten konnten, wurde eine Dame besinnungslos ans Ufer gebracht. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Demokratie und Mittelstand

Rede des Abgeordneten Conrad Haußmann bei der Beratung der Verfassung in der württembergischen verfassunggebenden Landesversammlung am 16. April 1919.

Die Besprechung hat gezeigt, daß wir in der Tat hier, wo es sich um die Sozialisierung und den Schutz des Mittelstandes handelt, an einem Punkte angekommen sind, bei welchem grundsätzliche Auffassungen in einem, dem Verfassungswerk bedrohlichen Maß einander gegenüberstehen. Trotzdem habe ich die sichere Hoffnung, daß es uns gelingen wird, eine Brücke zu schlagen und auch hier zu einer brauchbaren Formulierung der Gedanken bei gutem Willen gelangen zu können.

Der Herr Vorredner hat eben ausgesprochen, es sei seine Ueberzeugung, daß „das Gemeinnützigkeitsgefühl im Gegensatz zum Eigennutz die höhere Arbeitsleistung unter der gesellschaftlichen Form" erziele. Das ist die Tatfrage, um die es sich handelt. Frau Zetkin hat denselben Gedanken dahin ausgesprochen, daß „der Idealismus die stärkere Triebkraft als der Egoismus sei". Nun machen wir ja aber die Wahrnehmung, daß im menschlichen Wesen die Triebkräfte gemischt sind, daß beide Kräfte, die gemeinnützige und die egoistische Kraft, im Menschen lebendig sind, ja mehr noch, daß beide Kräfte vorhanden sein müssen. Ein Mensch, der nur idealistische Triebkräfte auf sich wirken läßt, wird scheitern im Leben, ebenso gewiß wie derjenige eine geistig niedrige Existenz führt, der nur egoistischen Triebkräften folgt.

(Sehr richtig!)

Also ist es die große Aufgabe des Staates wie der Erziehung des Menschengeschlechts, beide Kräfte zum Zug gelangen und als große Motoren wirken zu lassen. Dabei wird sich zeigen, daß das **gottlob unausrottbare Bedürfnis der Menschen für ihre Kinder zu sorgen, ein edler Egoismus ist**, in dem ein großes Stück Idealismus mit enthalten ist.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Und deshalb, indem man solchem Egoismus Spielraum geben will, trägt man unmittelbar auch einer besonderen Art von „Nächstenliebe" die man Idealismus heißen darf, Rechnung.

Ferner gerade wenn man an die Arbeiterklasse denkt — und man muß und soll an sie denken —, dann muß man sich vergegenwärtigen, daß der **Aufstieg dieser Klasse und ihrer Kinder am sichersten**

durch die Mittelklassen und durch den Mittelstand zur Selbständigkeit erfolgen kann.

(Sehr richtig!)

Ich wüßte nicht, wie der Arbeiterstand eine sicherere Möglichkeit hat, seine Kinder nach oben zu führen, wenn er ihnen die Aussicht, mittlere Betriebe selbst zu gründen und zu leiten, nehmen würde. Das Bestreben der Männer, die den Entwurf hauptsächlich bestimmt haben, und der großen Partei auf der linken Seite ist ja verständlich. Es ist auch in erheblichem Maße berechtigt, daß wir in geeigneten Fällen auch unter neuen Formen versuchen wollen, zu produzieren, d. h. wirtschaftlich zu arbeiten. Aber bei der vorhin gezeigten doppelten Menschennatur werden wir doch hier beide Seiten, die egoistische und die idealistische, mit in Rechnung nehmen müssen, daraus folgt, daß wir

nur schrittweise

vorgehen können. Nur, wenn der eine Schritt ein günstiges Resultat zeitigt, wenn sich erprobt hat, daß die idealistischen Triebkräfte wirklich in den unteren Kreisen ein wichtiger Faktor der Arbeitslust sind, wird man nach gemachter Probe mit Vertrauen den weiteren Schritt machen können. **Bisher hat die Revolution noch nicht rein idealistische Triebkräfte an die Oberfläche gebracht.**

(Sehr gut!)

Bisher sehen wir häufig außerordentlich egoistische Triebfedern gerade bei den Fortsetzern der Revolution am Werk.

(Sehr richtig!)

Nun, weil der Versuch einer Vergesellschaftung als Staatsaufgabe erklärt wird, müssen

Mittelstand, Kleingrundbesitz und Handwerk,

die große Sorge im Herzen haben, ob die Bewegung nicht wie eine Walze sie erdrücken will, auch in den wichtigen Teilen, die noch lebensfähig sind und voll lebensfähig bleiben, wenn der Staat nicht ihre Existenzbedingungen erschwert. So hat sich naturgemäß aus dem sozialdemokratischen Bestreben, den § 10 des Entwurfs noch weiter auszugestalten, der Wunsch entwickelt, in der Verfassung nicht bloß Grundsätze auszusprechen, welche dahin gedeutet werden können, als ob der Mittelstand vom Staat preisgegeben werden solle. Sie, meine Herren auf der linken Seite, müssen selber verstehen, daß man eine so wichtige Schichte, wie es der Mittelstand ist schützen muß auch vor der Angst, daß der Staat an ihre Leiden und an ihre besondere Existenz überhaupt nicht denke. Von diesem Gedanken ist der Vorschlag, der im Ausschuß umstritten wurde, eingegeben. Der Mittelstand will, nachdem die Vorschrift ein weitgehendes oder mehrdeutiges Ziel aufstellt, zugleich gewisse Sicherungen ideeller und rechtlicher Art über die Absichten des Staates in der Verfassung niederlegen, die sonst entbehrlich wären.

Der Streitpunkt war nun, ob das Wort „lebensfähig erhalten" mit hereingenommen werden soll. Das Wort „lebensfähig erhalten" ist einer doppelten Deutung fähig, die Sie auf der Linken des Hauses mit Recht stutzig gemacht hat, nämlich die Deutung, daß darin auch enthalten sein wolle, Betriebe lebensfähig durch Staatshilfe zu erhalten, d. h. zu konservieren, die nicht mehr lebensfähig sind,

(sehr richtig links),

also mit staatlichen Mitteln ein Privileg für einen einzelnen Stand, für den Mittelstand eine Schutzpflicht des Staates aufzurichten. Daß Sie links dagegen sich gesträubt haben, war Ihr gutes Recht. Auf der anderen Seite war es nicht die Meinung der Antragsteller, es sollte auch das künstlich erhalten werden, was nach innerer Entwicklung nicht mehr lebensfähig sei, sondern es war der feste Glaube an die innere Lebensfähigkeit dieses Mittelstandes.

(Sehr richtig! rechts.)

So gilt es also, dieser doppelten Auslegung und damit den Sorgen und dem Mißtrauen zu begegnen, die von der einen oder anderen Seite daraus abgeleitet werden konnten.

Ich glaube ein annehmbarer Versuch ist das, was ich in Verbindung mit den Herren Bazille und Walter mir erlaubt habe, Ihnen vorzuschlagen:

> **Die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten ist gegen Ausbeutung und Gefährdung sicherzustellen; der Klein- und Mittelgrundbesitz wie der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand sind gegen Aufsaugung und Bewucherung zu schützen und wie alle schaffenden Berufsstände in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten.**

Die Worte „in ihrer Lebensfähigkeit" bringen zum Ausdruck, daß die

vorhandene Lebensfähigkeit geschützt

werden und daß nicht eine nicht mehr vorhandene Lebensfähigkeit künstlich konserviert werden solle.

Es sind absichtlich die Worte „wie alle schaffenden Berufsstände" eingefügt, die auch den Arbeiterstand mit umfassen. Damit ist die Idee eines Privilegs, der Gedanke, daß der Staat eine Bürgschaft für einen einzelnen Stand übernehmen solle, ausgeschlossen: Es sind für alle Berufsstände dieselben Verpflichtungen des Staates zum Ausdruck gebracht. Aussprechen möchte ich noch, daß die Worte „sicherstellen" und „schützen" synonym gleichbedeutend gebraucht sind. Nur aus stilistischen Gründen ist eine Abwechslung der Worte gewählt, sie sollen aber beide ganz das gleiche bedeuten.

Verstehen Sie links, bitte, daß der

Mittelstand und daß das Handwerk

in diesen unerhörten Umwälzungen die niederdrückende Sorge haben, ob wie sie fallen lassen wollen oder nicht! Teilen Sie bitte, mit uns den Wunsch,

unsere Bauern und die Handwerker

dahin zu beruhigen, daß in dieser Zeit, wo alle Kraft eingesetzt werden muß, wo die Arbeiter die höchste Arbeitskraft entwickeln sollten und wie ich hoffe, auch noch entwickeln werden, sobald wir aus den Gärungen hinaus sind, daß in dieser Zeit

auch der Bauernstand, auch das Handwerk, auch der gewerbliche Mittelstand ein unentbehrlicher Teil unseres Staates und unserer Wirtschaft ist.

(Beifall.)

Das gemeinschaftliche Ziel diesen Staat und diese Wirtschaft emporzubringen, können wir nur dann erreichen, wenn wir auch diesen wichtigen Ständen nicht die Zukunftshoffnung und mit ihr die Kraft der Gegenwart nehmen und wenn wir ihnen die Zuversicht belassen, daß unser Staat an sie ebenso getreulich und tatkräftig denkt wie an die anderen Berufsstände.

(Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Haußmann-Bazille-Walter wurde daraufhin fast einstimmig angenommen, nachdem der sozialdemokratische Abg. Göhring erklärt hatte, daß nach dieser Darlegung nun auch seine Partei zustimme. Damit war der eine große Streitpunkt der Verfassung nach dem berechtigten Wunsch des Mittelstandes gelöst. Der zweite große Streitpunkt, betr. Volksschule und Religionsunterricht, wurde durch einen Antrag Sakmann-Haußmann gleichfalls derart gelöst, daß der Antrag fast einstimmig und damit zur Befriedigung aller Teile angenommen worden ist.

Schließlich wurde das ganze Verfassungswerk in zweiter Lesung mit 123 gegen 6 Stimmen der Bürgerpartei, die sich dabei gespalten hat, bei Enthaltung der Unabh. Sozialdemokraten unter lebhaftem Beifall des Hauses angenommen. Dieses Ostergeschenk der verfassunggebenden Landesversammlung ist vielversprechend auch für die dritte Lesung und ein Beweis des staatsmännischen Geistes u. des erfolgreichen Arbeitswillens der Württ. Landesversammlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(-) **Eberbach,** 23. April. Am Abend des Karfreitag ereignete sich bei einer Dienstreise des Volksrates Eberbach infolge Achsenbruchs ein schweres Automobilunglück. Der in dem Kraftwagen sitzende Landtagsabgeordnete Braumeister Martin Jost erlitt einen doppelten Schädelbruch. Die übrigen Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

(-) **Weinheim,** 23. April. Die Baumblüte an der Bergstraße hat sich jetzt voll entwickelt. Die Kirschbäume stehen jetzt in der Hochblüte.

(-) **Müllheim,** 23. April. Nach dem Voranschlag der Stadtgemeinde wird die Umlage auf 86 Pfg. festgesetzt werden.

(-) **Lahr,** 23. April. Die Gendarmerie von Dinglingen hat zwei Mitglieder der Volkswehr, sowie einen Küfer und einen Wirt verhaftet, die vor einiger Zeit aus der Luftschiffhalle mehrere Motore gestohlen hatten.

(-) **Steinmauern** b. Rastatt, 23. April. Der 38jährige Stromwart Rudolf Klöpfel, Vater von 9 Kindern, wurde am Samstag abend, als er mit seinem Nachen bei der Einmündung der Murg in den Rhein zu den auf deutscher Seite liegenden Nachen fuhr, von den Franzosen angeschossen und tödlich verletzt.

(-) **Neufreistett** b. Kehl, 23. April. Im Alter von 81 Jahren ist Alt-Schwanenwirt Gustav Haußer gestorben. Mit ihm ist einer der ältesten badischen Parlamentarier aus dem Leben geschieden. Als Mitglied der nationalliberalen Partei hat er nahezu 20 Jahre hindurch seinen heimatlichen Wahlkreis in der Zweiten Kammer vertreten.

(-) **Villingen,** 23. April. Die Schwarzwälder Handelskammer gab in ihrer letzten Sitzung der Ansicht Ausdruck, daß die Vereinigung von Baden und Württemberg bei der Bevölkerung im Kreis der Schwarzwälder Handelskammer auf keinen Widerspruch stoßen würde.

(-) **Freiburg,** 23. April. Der längst geplante Bau einer Bahn Freiburg—Hexental—Schauinsland—Todtnau wird seiner Verwirklichung zugeführt werden. Es soll ein neuer Plan ausgearbeitet werden, zu dessen Kosten die Stadt Freiburg 50000 Mk., der Staat 10000 Mk. und private Interessenten 40000 Mk. beitragen werden.

(-) **Konstanz,** 23. April. Beim Spielen am Industriehafen ist das zweijährige Söhnchen des Schlossers Kitz ins Wasser gefallen und ertrunken.

(-) **Kenzingen,** 23. April. Wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels soll Löwenwirt Wagemann in das Amtsgefängnis eingeliefert werden. Er warf den Gefängniswärter zu Boden, eilte in seine Wohnung und erschoß sich.

Württemberg.

ep. **Stuttgart,** 22. April. (Landesversammlung.) Der Landesverband evangelischer Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine Württembergs hielt am Ostermontag seine stattlich besuchte Landesversammlung in Stuttgart. Den Verhandlungen wohnten als Vertreter der Oberkirchenbehörde Prälat D. Dr. Schoell, sowie ein Vertreter der Gewerbeinspektion und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel Gewerbeinspektor Hassler an. Die Jahresberichte gaben ein eindrucksvolles Bild von den Hemmungen der Vereinsarbeit durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, aber auch von der erfreulichen Entwicklung der noch jungen Arbeiterinnenvereinssache. Daß die besondere Aufgabe der Arbeitervereine, Pflege evangelisch-sozialer Gesinnung heute nötiger ist denn je, wurde aus einem ausgezeichneten Vortrag von Verbandssekretär Springer über „Die Zukunft unserer Arbeitervereine" deutlich. Im Anschluß an ein Referat von Stadtpfarrer Lic. Esenwein über „Die Stellung der Arbeitervereine zu den Wahlen zur Landeskirchenversammlung" wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Mitglieder aufgefordert werden, bei diesen Wahlen nur für solche Bewerber einzutreten, die den aus dem Recht der Selbstbestimmung der Kirchengemeinden sich ergebenden Forderungen zustimmen: Berufung des Kirchenregiments durch die gewählte Vertretung des Kirchenvolks, entscheidende Mitwirkung der Gemeinden bei der Besetzung der Pfarrstellen und der Bezirksvertreter bei der Bestellung der Dekane. Das Ergebnis einer lebhaften Erörterung über die Haltung des Verbandsausschusses bei den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung war die einstimmige Annahme einer weiteren vom Ausschuß vorgelegten Entschließung, die lautet: „Der Verband macht sich die Pflege evang.-sozialer Gesinnung zur Aufgabe. Er stellt sich auf den Boden einer demokratischen Staatsverfassung, stellt es aber seinen Mitgliedern frei, welcher Partei sie sich anschließen wollen." Den Schluß bildete die Neuwahl des Verbandsvorsitzenden und -Ausschusses: Zum Verbandsvorsitzenden wurde einstimmig der bisherige Vorsitzende Stadtpfarrer Lamparter gewählt, zum stellv. Vorsitzenden Werkführer Kehrer-Göppingen, zum Schriftführer Elektromonteur Blaich-Neuenbürg, zum Rechner Kaufmann Benzing-Schwenningen.

(-) **Birkach,** 23. April. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht wurde bei Wilh. Mögle zum „Lamm" auf erschwerte Weise eingebrochen und der ganze Weinvorrat vom Keller, im Wirtschaftsbüffet die Zigaretten und vom Stall eine Ziege mit Kitzen entwendet, die die Täter sofort im Garten hinter dem Anwesen abschlachteten.

(-) **Reutlingen,** 23. April. (Streikende.) Die Arbeit wurde gestern allgemein wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, den augenblicklichen schwierigen Verhältnissen der Arbeiterschaft durch entsprechende Verwilligungen Rechnung zu tragen und dies, sowie die Beiziehung einzelner Obmänner der Arbeiterausschüsse zu den Verbandsverhandlungen bei den Verbänden zu befürworten.

(-) **Münsingen,** 23. April. (Unvorsichtigkeit.) Bei der Gründungsversammlung für die Volkswehr gebrauchte ein Lehrer einige unvorsichtige Worte gegen Militärpersonen. Der Garnisonrat erhob deshalb beim Stadtschultheißenamt Beschwerde. Die Sache wurde dadurch beigelegt, daß der unvorsichtige Redner seine Aeußerungen öffentlich zurücknahm.

(z) **Geislingen,** 23. April. (Zu wenig Gehalt.) Da für die Stelle des Stadtvorstands, die mit einem Jahresgehalt von 9000 Mk. ausgeschrieben war, bis jetzt noch keine Bewerbungen vorliegen, haben die bürgerlichen Kollegien beschlossen, die Stelle erneut, aber mit einem Jahresgehalt von 12000 Mk. auszuschreiben.

(-) **Ulm,** 23. April. (Zur Stadtschultheißenwahl.) Bis gestern abend hatten sich 6 Kandidaten gemeldet.

(-) **Crailsheim,** 22. April. (Schneefall.) Heute mittag hatten wir ein mehrstündiges Schneegestöber wie mitten im Winter. Die Flocken sind jedoch bald wieder zu Wasser geworden.

(-) **Crailsheim,** 22. April. (Geld im Ueberfluß.) Auf dem Karlsplatz waren gestern ein Karussell und eine Schiffsschaukel zur Volksbelustigung aufgestellt und trotz der hohen Preise, anfänglich 30 bzw. 50 Pfg., später 40 Pfg. bzw. 1 Mk. für die Tour (Kinder die Hälfte) bis 10 Uhr abends immer voll besetzt.

(-) **Horb,** 23. April. (Vom Blitz erschlagen.) Am Gründonnerstag abend zog über unsere Gegend ein starkes Hagelwetter. Auf der Markung Göttelfingen hat der Blitz das Pferd des Wirts Vogt erschlagen. Die Magd wurde gelähmt und bewußtlos.

(-) **Vom Bodensee,** 23. April. (Aenderung der Schiffsnamen.) Die bayerischen Bodenseedampfer sind ihrer königlichen Abzeichen entkleidet worden. Die Dampfer „Rupprecht", „Prinzregent" und „Ludwig" führen jetzt die Namen „München", „Augsburg" und „Nürnberg".

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck nimmt wieder ab, befindet sich aber noch in günstiger Lage. Am Freitag und Samstag ist deshalb trockenes und weniger rauhes Wetter zu erwarten.

(-) **Friedrichshafen,** 21. April. (Kommunismus in Lindau?) Wie es heißt, hat in Lindau die Rote Garde die Gewalt an sich gerissen. Die Dampfer zwischen hier und Lindau verkehren nicht mehr. Auch die Eisenbahnzüge laufen nur noch bis Enzisweiler bzw. auf der Strecke Hergaz—Lindau nur bis Oberreitnau. Der Fernsprechverkehr nach Lindau ist schon seit mehreren Tagen unterbrochen.

(-) **Stuttgart,** 21. April. (Schlimme Vorzeichen.) Die Staatsregierung wendet sich in einem Aufruf an gediente Männer aller Stände, sich sofort bei den Reserve-Sicherheitstruppen zu melden. Die Aufstellung neuer zuverlässiger Bataillone sei eine dringende Notwendigkeit, um der Wühlarbeit der Unruhestifter zu begegnen. Es ist auch noch ein zweites Aufgebot vorgesehen, das erst nach Ausbruch von Unruhen einberufen wird.

Er bei einer Jagd in Ostasien im Kampf mit einem Stachelschwein von diesem getöteter Hund.

Der geplante Vorstoß auf München

Lokales.

— **Fristverlängerung.** Infolge des Streiks der Bankbeamten ist die Frist zur Anmeldung der beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere bei einer Bank usw. bis zum 5. Mai d. J. verlängert worden.

— **Einschränkung der Güterbeförderung.** Die Generaldirektion der württ. Staatseisenbahnen teilt mit: Wegen des Kohlenmangels ist die Eisenbahnverwaltung genötigt, den Frachtgutverkehr von Donnerstag, den 24. April an bis auf weiteres erheblich einzuschränken. Es ist folgendes angeordnet: 1. Je von Montag bis Mittwoch, erstmals vom 28. bis 30. April, werden nur Lebensmittel und Verpackungsmittel hierfür, Futtermittel, Düngemittel, Kohlen, Koks, Briketts, Umzugsgut, leere Möbelwagen, Zeitungsdruckpapier, Zellstoff, Benzin, Benzol, Benzolspiritus, Benzolpetroleum, Saatgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zur Beförderung angenommen. Die Wagengestellung für Bauholz und Baustoffe wird eingeschränkt. Brennholz und Langholz sind von der Beförderung ausgeschlossen. 2. Je von Donnerstag bis Samstag, erstmals vom 24. bis 26. April, wird die Annahme von Frachtgut ganz eingestellt. 3. Je von Freitag nachmittag bis Montag abend, erstmals von 25. bis 28. April, wird der gesamte Güterzugverkehr eingestellt. 4. Der Eilgutverkehr ist nicht beschränkt. Weitere Auskunft erteilen die Güterstellen. Sobald die Kohlenzufuhr, die zur Zeit stockt, sich wieder bessert, werden die bedauerlichen, aber unvermeidlichen Beschränkungen gemildert oder wieder aufgehoben werden. Die weitere Einschränkung des Personenverkehrs, insbesondere Sonntags, wird behalten.

Aus Anlaß der Leipziger Frühjahrsmesse werden am Freitag, 25. und Samstag, 26. April, Züge von Stuttgart nach Leipzig durchgeführt: Stuttgart ab 6.48 vorm., Nürnberg ab 11.02 vorm., Leipzig an 5.38 nachm. Von Leipzig nach Stuttgart laufen über Nürnberg nur Züge Mittwoch, 30. April und Donnerstag, 1. Mai: Leipzig ab 12.30 nachm., Nürnberg ab 7.20 nachm., Stuttgart an 11.30 nachm. Außerdem verkehren die Züge 147 Stuttgart ab 6.48 vorm., Nürnberg an 10.54 auch am 30. April und 1. Mai und der Zug 148 Nürnberg ab 7.20 nachm., Stuttgart an 11.30 nachm. auch am 25. und 26. April. Die durchlaufenden Wagen Stuttgart—Leipzig sind für Meßbesucher vorgesehen.

D.P.C. **Fichtenberg,** 22. April. (Demokratie und Bauernbund.) In der am Ostersonntag von der Deutschen demokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung sprach Kaufmann Paul Ilg-Stuttgart über die Frage: „Droht uns ein Staatsbankrott und was wären seine Folgen?" Seine 1½stündigen Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall sämtlicher Zuhörer. In der Aussprache meldete sich auch Herr Körner jun., Sohn des kons. Abg. Körner, zum Wort und erzählte zunächst, was er im Krieg Großes geleistet habe und wie er wegen allzu kameradschaftlichem Verhältnis zu der Mannschaft 5 Tage Loch bekommen hatte. Politisch war das von ihm Vorgebrachte ein kunterbuntes Gemisch ohne eigentlichen Inhalt. Daß er natürlich an der demokratischen Partei kein gutes Haar ließ, war vorauszusehen. Seine Worte fanden keinerlei Anklang und am Schlusse seiner Rede herrschte eisiges Schweigen im Saale. Herr Ilg blieb ihm die Antwort nicht schuldig und rechnete mit der verderblichen Bauernbundspolitik ab. Wenn Herr Körner dem Vizekanzler Payer seine im Bürgermuseum gehaltenen Ausführungen, daß wir zum Durchhalten verpflichtet seien, vorwerfe, so unterschreibe er die Ausführungen Payers heute noch Wort für Wort. Der Vizekanzler sei in hoher verantwortlicher Stelle gewesen und war daher verpflichtet, seine Worte genau abzuwägen, denn es war doch selbstverständlich, daß jedes Wort in das feindliche Ausland hinüberdringe. Dagegen trage der Bauernbund große Schuld daran, daß der Krieg nicht früher und unter besseren Bedingungen beendigt worden sei, denn während der ganzen Dauer des Krieges habe sich der Bauernbund im Schlepptau der Alldeutschen befunden. So habe am 9. Dez. 1917 der Vorsitzende des Bundes, Oekonomierat Ströbel, ausdrücklich hervorgehoben, daß wir die Sieger seien und daher einen Siegerfrieden verlangen. Das deutsche Volk verlange einen Siegfrieden und keinen Verzichtfrieden. In derselben Versammlung habe der alldeutsche Reichstagsabg. Dr. Wildgrube ausgerufen: „Obwohl der letzte Schlag des deutschen Schwertes noch nicht gefallen sei, so können wir doch sagen, daß der endgültige Sieg unser sei. Wer nicht an den deutschen Sieg glaube, der treibe Landesverrat usw." Ebenso erinnerte Herr Ilg daran, daß der Bauernbund im Mai 1915 eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht habe, worin es heiße: „Belgien müsse militär- und zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens, der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstraßen seien unserem Verkehrswesen anzugliedern. Regierung und Verwaltung des Landes müssen so geführt werden, daß die Einwohner keinen Einfluß auf die Geschicke des deutschen Reiches erlangen." Derartige Ausführungen seien naturgemäß den Feinden bekannt geworden und habe dieselben zu dem Entschluß gebracht, den Krieg weiterzuführen. Deshalb sei auch der Vorwurf berechtigt, daß die Führer des Bauernbunds die Schuld daran tragen, daß wir jetzt genötigt seien, unter solch niederdrückenden Bedingungen den Frieden anzunehmen. Das habe das Volk auch begriffen und aus diesen Gründen sei der Bauernbund bei den letzten Wahlen an die Wand gedrückt worden. Den Vorwurf Körners jun., daß die Demokratie für Beibehaltung der Sommerzeit war, während der Bauernbund hier viel besser für die Landwirtschaft tätig gewesen sei, entkräftigte Herr Ilg durch den Hinweis, daß der Deutschnat. (kons.) Abg. Hartmann die Beibehaltung der Sommerzeit im Interesse der Volksgesundheit begrüßte, wogegen der demokratische Abg. Koch gegen die Sommerzeit gesprochen habe, weil die Stunde von der Nachtruhe abgehe, was bei der schlechten Ernährung doppelt verhängnisvoll sei. Die demokratische Partei habe daher gegen die Einführung der Sommerzeit gestimmt. Gegenüber der wenig praktischen Arbeit des Bauernbundes konnte der demokratische Redner darauf verweisen, daß die demokratische Partei im Finanzausschuß der Landesversammlung den Antrag gestellt habe, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die landwirtschaftlichen Höchstpreise derart festgesetzt werden, daß dabei die tatsächlichen Arbeitslöhne, die Betriebsunkosten und die gesunkene Kaufkraft des Geldes berücksichtigt werden und soweit die bestehenden Preise diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, seien sie bei der Neufestsetzung des kommenden Wirtschaftsjahres zu ändern. Zum Schluß erinnerte Herr Ilg daran, wie gerade die preußischen Konservativen durch die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts jene Stimmung erzeugten, die die Revolution zur Folge hatte. Herr Körner möge in seiner Partei dafür wirken, daß das Fideikommißgesetz in einer für die Landwirtschaft nützlichen Weise zur Durchführung gelange; die bisherigen Erfahrungen beweisen leider das Gegenteil. Die Demokratie werde nach wie vor im Interesse aller Stände ihre Tätigkeit entfalten und allen berechtigten Forderungen der Landwirtschaft gutheißen, unbekümmert darum, ob dies dem Bauernbund angenehm sei oder nicht. — Die Ausführungen Ilgs wurden von der ganzen Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Lehrer Hager-Mittelroth bemerkte zur Milchfrage, daß die ganze Demokratie damit einverstanden sei, daß dem Bauern für seine Arbeit, seine Auslagen, ein Milchpreis bezahlt würde der den Verhältnissen entspreche. Eine Verhetzung zwischen Stadt und Land, wie sie der Bauernbund treibe, könne zu keinen guten Dingen führen. So in die Enge getrieben, begnügte sich Herr Körner am Schlusse mit der Aufforderung, die Demokratie möge in Zukunft mehr Verständnis für die Landwirtschaft an den Tag legen, worauf Herr Ilg sich darauf beschränken konnte, an die langjährige ersprießliche Tätigkeit des demokratischen Abg. Schock-Gaildorf zu erinnern.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

— **Vertrieb von Branntwein.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Die badischen und württembergischen Branntweinbrenner haben in verschiedeneen Eingaben z den unhaltbaren Verhältnissen Stellung genommen, die durch die Aufrechterhaltung der Verordnung vom 24 Februar 1917 über die Beschlagnahme und Ablieferung des Branntweins geschaffen worden sind. Baden hat zwar seinen Bevollmächtigten beim Bundesrat angewiesen, auf von Württemberg ist noch nichts geschehen. „Der Branntwein solle für das Heer sein," lautete der Hauptgrund die Aufhebung der genannten Verordnung hinzuwirken; für die Beschlagnahme. Dieser Grund ist weggefallen, aber die Reichsbranntweinstelle läßt sich nach wie vor den Branntwein abliefern. Wohin wird dieser Branntwein gebracht? Der Profit fällt Geschäftsleuten außerhalb Württembergs und Badens in die Tasche und die Ware wird erheblich teurer, als wenn der Kleinbrenner sie verkaufen dürfte. Dabei zahlt die Branntweinstelle den Kleinbrennern Verlustpreise, die in gar keinem Verhältnis zum allgemeinen Marktpreis stehen.

— **Die Vermögensabgabe.** Zu der gesetzlich vorgeschriebenen Aufforderung eines Vermögensverzeichnisses auf den 31. Dezember 1918 ist mitzuteilen, daß der Termin für die Fertigstellung der Ausrechnung auf den 31. Mai ds. Js. verschoben worden ist. Die Steuererklärung ist jedoch einstweilen noch nicht abzugeben, sondern verbleibt in den Händen des Steuerzahlers, bis eine später noch zu veröffentlichende amtliche Aufforderung seitens der betreffenden Behörde zur Abgabe der Erklärung erfolgt.

— **Die Einreise in das Land Salzburg** ist nur mit besonderer Bewilligung der Landesregierung in Salzburg gestattet. Durchreisende bedürfen keiner Einreisebewilligung. Um die Einreisebewilligung muß schriftlich oder telegraphisch bei der Landesregierung in Salzburg unter Angabe des Reisezwecks und Beischluß von 10 Kronen angesucht werden. Einreisebewilligungen zum Zweck des Besuchs eines Kurorts werden bis auf weiteres nicht erteilt. Auch in Tirol wendet sich die allgemeine Stimmung gegen den Fremdenverkehr.

— **Deutsch- und Oesterr. Alpenverein.** Der Verein hatte vor dem Kriege 102 138 Mitglieder, eine Zahl, die im Jahr 1918 auf 70 000 sank. Inzwischen ist der Mitgliederstand aber wieder auf über 80 000 gestiegen. Die Zahl der Unfälle im Hochgebirge ist in den letzten 5 Jahren verhältnismäßig ziemlich hoch, was darauf zurückzuführen sein mag, daß die Führer zum Militär eingezogen waren und viele Unerfahrene dem Bergsport ausschließlos huldigten. An tödlichen Unfällen werden verzeichnet 1914 85, 1915 50, 1916 53, 1917 53, 1918 34.

* Durch Kauf ging die Villa Schönblick an Hrn. Karl Nomeisch zur Linde hier über. Das der Frau Eitel, Metzgers-We., gehörige Haus im Straubenberg kaufte Herr Wilh. Eitel, Schlosser hier.

* Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Flugblatt über Demokratie und Mittelstand bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.

Bekanntmachung.

betreffend die Auflegung der Wählerliste zur Gemeinderatswahl.

I. Tag der Wahl.

Die Gemeinderatswahl ist durch Beschluß des Gemeinderats auf **Sonntag, den 18. Mai l. J.** vormittags von 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr anberaumt.

II. Bezüglich des Rechts zur Teilnahme an dieser Wahl und der Wählbarkeit gelten folgende Bestimmungen:

a) Art. 1 des Gesetzes von 15. März 1919 (Reg. Bl. S. 25) lautet:

An Stelle der Art. 12—14 des Gemeindeangehörigkeitsgesetzes vom 16 Juni 1885 treten folgende Bestimmungen:

1. Das Recht der Teilnahme an den Wahlen zu den Gemeindeämtern und das Stimmrecht in sonstigen Gemeindeangelegenheiten steht allen württembergischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts zu, welche das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeinde- oder Teilgemeindebezirk ihren Wohnsitz haben. Zum Militärdienst eingezogene Personen sind an dem Ort ihrer militärischen Dienstleistung nur wahlberechtigt, wenn sie dort vor ihrer militärischen Einberufung ihren Wohnsitz gehabt haben.

2. Ist der Wahl- oder Stimmberechtigte nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, ist er entmündigt, unter vorläufige Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellt, so ruht sein Wahl- oder Stimmrecht.

3. In den Gemeinderat können die nach vorstehenden Bestimmungen wahlberechtigten Personen gewählt werden, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben.

b) Art. 13 Abs. 2 der Gem. O. lautet:

Für das zur Wahlberechtigung erforderliche Lebensalter ist der Wahltag, für die übrigen die Wahlberechtigung bedingenden Eigenschaften der Zeitpunkt des endgültigen Abschlusses der Wählerliste (Art. 14 Abs. 3) entscheidend.

III. Auflegung der Wählerliste und Recht der Wahlberechtigten zur Einsichtnahme und zur Einsprache gegen die Wählerliste.

Die Wählerliste ist vom Samstag, den 26. April l. J. an, zwei Wochen lang, also bis (einschl.) Freitag, den 9. Mai l. J., je vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 1) zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Innerhalb dieser Frist sind die Wahlberechtigten befugt, gegen die aufgelegte Liste wegen Uebergehung von Personen, welche in dieselbe aufzunehmen gewesen wären, oder wegen Aufnahme unberechtigter Personen mündlich oder schriftlich Einsprache zu erheben.

Jeder Wähler erhält über die Aufnahme in die Wählerliste eine Wählerkarte zugeschickt, welche er als Ausweis bei der Wahl mitzubringen hat.

Wildbad, den 23. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Bekanntmachung

des Tags der Gemeinderatswahl und Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

I. Der Gemeinderat wird auf Grund des Gesetzes vom 15. März 1919 auf 6 Jahre neu gewählt. Mit Ablauf des Jahres 1922 scheidet diejenige Hälfte der Gewählten aus, auf welche bei der Verhältniswahl die niedrigeren Höchstzahlen entfallen.

I. Auf die Dauer von 6 Jahren sind **16** Mitglieder des Gemeinderats neu zu wählen.

II. Die Wahl erfolgt nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler.

Diejenigen, auf welche bei der Wahl die niedrigeren Höchstzahlen entfallen, gelten als auf die kürzere Amtsdauer gewählt.

III. **Die Wahl erfolgt am Sonntag, den 18. Mai** l. Js. in den drei Wahlbezirken und zwar

Wahlbezirk I. Stadtteil A rechts der Enz und die Parzellen Kleinenzhof, Windhof und Lautenhof.
Wahllokal Rathaus Sitzungssaal.
Wahlvorstand Stadtschultheiß Bätzner hier.
Stellv. Ratsschreiber Schmid hier.

Wahlbezirk II. Stadtteil B links der Enz und die Parzellen: Grünhütte, Hochwiese, Lehensägmühle, Rollwasser, Sommerberg und Ziegelhütte.
Wahllokal Altes Schulhaus.
Wahlvorstand Gemeinderat L. Kappelmann.
Stellv. Stadtschultheißenamts-Sekretär Eger.

Wahlbezirk III. Die Parzellen Sprollenhaus, Christofshof, Kälbermühle, Kohlhäusle, Nonnenmiß und Sprollenmühle.
Wahllokal Schulhaus in Sprollenhaus.
Wahlvorstand Stadtpfleger Brachhold, hier
Stellv. Verwaltgs.-Kand. Gutbub, hier.

Die Wahlhandlung beginnt vormittags 9 Uhr und wird nachmittags 4 Uhr geschlossen. Nach dem für den Schluß der Wahlhandlung bestimmten Zeitpunkt dürfen nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche im Wahlraum bereits anwesend sind.

Die Wahl wird in einer ununterbrochenen Handlung durch unmittelbare geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten vollzogen. Nur diejenigen sind zur Wahl zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Während der Wahlhandlung und der Ermittlung des Wahlergebnisses steht der Zutritt zum Wahlraum jedem Wahlberechtigtem offen.

IV. **Die Wahl ist auf solche Bewerber beschränkt welche in den öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschlägen enthalten sind.** Im übrigen wird auf Art. 78 der Gem.-Ordn. mit der im Regierungsblatt von 1919 S. 37 veröffentlichten Fassung verwiesen.

V. **Die Wahlberechtigten werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgefordert.** Die Wahlvorschläge sind bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Wahlvorstandes schriftlich so zeitig einzureichen, daß zwischen dem Tag der Einreichung und dem Wahltag ein Zeitraum von mindestens 12 vollen Tagen liegt. Die Einreichung muß am letzten Tage, an dem sie zulässig ist, Montag, den 5. Mai 1919 spätestens bis abends sieben Uhr erfolgt sein.

Der Wahlvorschlag muß von mindestens 20 in die Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet sein.

Im übrigen wird auf Artikel 75 der Gemeindeordnung verwiesen.

Vordrucke zu den Wahlvorschlägen können auf dem Rathaus abgeholt werden, soweit der Vorrat reicht.

Wildbad, den 22. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

Fernsprechanschluß Nr. 140.
(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenvermittlung.

Für **sofort** oder **später** werden gesucht:

a.) **Männlich:**
Kaufleute
Köche
Kellner
Friseure
Liftboy
Maschinenbauer
Geschäftsführer für Hotel
Heizer
Elektrotechniker
Hoteldiener

b.) **Weiblich:**
Köchinnen
Küchenmädchen
Zimmermädchen
Office-Mädchen
Dienstmädchen
Waschfrauen

Stellen suchen:
Serviermädchen
Masseuse
Näherin

Bekanntmachung.

Am nächsten **Samstag** kommt an die Pferdebesitzer in der Wagenhalle beim Kühlen Brunnen ein kleineres Quantum **Melasse** gegen Barzahlung zum Verkauf:

Für die Gemeinde Wildbad 8—12 Uhr vorm.
„ „ Parzellen 2—5 „ nachm.

Auf ein Pferd kommen 65 Pfd. Säcke sind mitzubringen, Maulesel und Pony erhalten die Hälfte.

Falls das Futter an diesem Tag nicht abgeholt, wird angenommen, daß man darauf verzichtet.

Städt. Futtermittelabgabestelle.

Zwiebel.

Die Stadtgemeinde hat einen Waggon Zwiebel erhalten und findet der Verkauf am Freitag von 2—6 Uhr auf dem Lebensmittelamt statt. Das Pfund kostet 65 Pfennig.

Städt. Lebensmittelamt.

Versteigerung.

Am **Freitag, den 25. April 1919** abends 6½ Uhr kommen in der Turnhalle

2 Anzüge, 1 P. Schuhe, 1 Taschenuhr

öffentlich gegen Barzahlung zur Versteigerung.

Wildbad, 24. April 1919. **Stadtpflege.**

Freiwillige Feuerwehr

Wildbad

Nächsten **Sonntag früh ½8 Uhr** rücken der Stab und die Züge 1—7 zur

Uebung

aus.

Das Kommando.

Wildbad.

Zu unserer am

Samstag, den 26. April 1919

im Schwarzwald-Hotel

stattfindenden

Hochzeitsfeier

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, insbesondere unsere Schulkameraden und Schulkamerädinnen höfl. einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen

Wilhelm Bott
Emma Gall

Kirchgang um ½12 Uhr vom Gasthaus zur Eintracht aus.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchter-Verein Wildbad

Das **Geflügelweichfutter** ist eingetroffen und kann sofort abgeholt werden. Verkauf in der Heuhütte.

Der Vorstand

Detailreisende

gegen Provision für eine

neue Obst- und Beerenpresse

gesucht. Hohe Verdienstmöglichkeit.

Offerten unter St. E. 1743 an **Invalidendank Stuttgart** erbeten.

Jünglings-Anzüge.

Von der Landesstelle ist mir ein Pöstchen

blauer Cheviot-Anzüge

für das Alter von 14—17 Jahren überlassen worden, die ich hiermit zum Verkauf anzeige.

Ph. Bosch, Wildbad

Telefon 32.

W. V. W.

Freitag abend ½6 Uhr
im Hotel Stolzenfels.

Jahrgang 1900

Zusammenkunft
am Samstag, 20. April
abends 8 Uhr
im Gasth. zur Eintracht.

Der Ausschuß.

Größere, gebrauchte

Karton

mit Holzleisten

zu kaufen gesucht. [204

Zu erfragen in der Exped.

Flachs-Samen

frisch eingetroffen.

Grunduer Nachf.,
A. u. W. Schmit.
Med. Drogen u. Photo-Haus

Kautschuk Stempel
empfiehlt **G. P. Bott.**

Für den Schulanfang
empfehlen alle Sorten
Schulbücher u. Schulhefte, Schreib-Etuis, Griffel-Schachteln, Schulranzen,
sowie alle sonstigen
Papier- und Schreibwaren-Artikel
Geschw. Klumm,
neben der Sonne.

Kleingladtbach.

Pferdestränge

(auch für Joch passend)
aus gut verzinktem Draht, sauber wie gewöhnliche Stränge geflochten, **mit Strangstößer** unverwüstlich, spielend leicht einzuziehen, erprobt und billig.

G. Burger,
Fernspr. Amt Calw.

Faßhahnen

empfiehlt

P. Treiber.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw